

Niederschrift

Gremium	Sitzung - RPB/027(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	Dienstag, 28.11.2006	J.-Bremer-Str. 8/10 - Beratungsraum	17:05Uhr	20:20Uhr

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Jahresabschluss 2005 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes DS0432/06
 - 4.2 Jahresabschluss des Städtischen Abwasserbetriebes Magdeburg für das Wirtschaftsjahr 2005 und Auflösung des Eigenbetriebes und seiner Eigenbetriebssatzung mit Ablauf des 31.12.2005 DS0473/06
 - 4.3 Prüfbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2005 und Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2005 DS0442/06

5 Anträge

5.1 Die Arbeit der ARGE effektivieren

A0177/05

6 Informationen

7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadträtin Regina Frömert

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Dr. Gerhard Reichel

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Stadträtin Claudia Szydzick

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Helga Elschner

Geschäftsführung

Frau Henriette Köhls

Verwaltung

Herr Jochen Klapperstück

Herr Andreas Krafczyk

Herr Joachim Lukannek

Gäste

Frau Petzold (FB02)

Herr Hartung (FB 02)

Frau Jürgens (FB 02)

Herr Koch (FB 02)

Herr Schwenke (SAB)

Herr Vinzelberg (ehem. SAM)

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Frömert, eröffnet die Sitzung.

Die Beschlussfähigkeit wird mit 4 anwesenden Ausschussmitgliedern festgestellt.

Herr Heinemann hat sich für die Sitzung entschuldigen lassen.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen beschlossen.

Beschluss: 4 / 0 / 0

3. Bestätigung der Niederschrift

Die Niederschrift zur Sitzung vom 21.11.06 ist noch nicht fertiggestellt. Sie wird zusammen mit dieser Niederschrift zur nächsten Ausschusssitzung ausgereicht.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Jahresabschluss 2005 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes DS0432/06

Herr Schwenke, Leiter des Eigenbetriebes Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb, führt in die Drucksache ein.

Die Ausschussvorsitzende möchte Erläuterungen zum Problemkreis der Unter- und Überdeckungen im Zusammenhang mit der Gebührenfestlegung sowie zur Bilanz (Aktiva und Passiva, sonstige Rückstellungen und Personalausgaben).

Herr Schwenke geht auf folgende Punkte genauer ein:

- Rückgang der Überdeckungen und Darstellungsproblematik bei den Unterdeckungen (2-jähriger Kalkulationszeitraum günstiger) Vermeidung von stark abweichenden Werten durch knappere Kalkulation
- Geringere Müllgebührenerhöhung (nicht wie erwartet um 12 %)
- Berücksichtigung der Umsatzsteuer bei den neuen Kalkulationen
- Bildung von Rückstellungen u. a. für Altersteilzeit
- Rückstellungen für Deponie Altkörper und Deponie Neukörper
- Höhere Reduzierung der Personalkosten als geplant

Der Ausschuss fragt, ob der Städtische Abfallwirtschaftsbetrieb schon einmal einer Prüfung vom Finanzamt unterzogen wurde und wünscht eine Information zu Messtechnik für radioaktive Substanzen.

Herr Schwenke: Da der SAB – außer bei Papier als Betrieb gewerblicher Art - nicht steuerpflichtig ist, gab es auch noch keine Prüfung vom Finanzamt.
Bei Vorliegen spezifischer Kontamination sind andere Behörden zuständig. Der SAB hält keine Messtechnik / qualifiziertes Personal vor.

Beschluss: 4 / 0 / 0

4.2.	Jahresabschluss des Städtischen Abwasserbetriebes Magdeburg für das Wirtschaftsjahr 2005 und Auflösung des Eigenbetriebes und seiner Eigenbetriebssatzung mit Ablauf des 31.12.2005	DS0473/06
------	---	-----------

AL 14 gibt Erläuterungen zum Feststellungsvermerk des Prüfers.

Herr Vinzelberg erläutert den Jahresfehlbetrag.

Im Zusammenhang mit der Veräußerung an die SWM und Umfirmierung in AGM ergeben sich Nachfragen. Die Kredittilgung erfolgte, wenn auch aus finanztechnischen Gründen teilweise mittels anderer städtischer Kredite oder Umschuldung.

Frau Elschner fragt nach dem „Veräußerungsverlust“ von 100 Mio. EUR bzw. deren Darstellung in der Abschlussbilanz SAM und Eröffnungsbilanz von AGM.

FB 02 erläutert, dass die Rückstellung (im Aufwand) an den Konzessionär übergegangen ist. Es wird keine Abwicklungsbilanz von SAM zum 31.12.2006 geben.
AGM wird seiner Kenntnis nach mit einem Betrag von 140 Mio. EUR anfangen, da es sich um einen Kaufvertrag und nicht um einen Übernahmevertrag handelt.

Fr. Elschner ist anderer Ansicht und sieht einen Vermögensverlust, der nur mit Gebührenerhöhungen aufgefangen werden könnte. Es handelt sich ihrer Auffassung nach um einen Übernahmevertrag, zumal die Wirtschaftsprüfer auf den „Vermögensverlust“ in ihrem Gutachten hingewiesen haben.

Beschluss: 4 / 0 / 0

4.3.	Prüfbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2005 und Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2005	DS0442/06
------	--	-----------

AL 14 sieht in der Abwesenheit des BG II und des FB 02-Leiters trotz erhaltener Einladung Ignoranz der Wichtigkeit der Drucksache und des Ausschusses RPB. Er ist der Auffassung, dass mit dem Beschlussvorschlag 1 in der DS0442/06 – Stellungnahme OB zum Prüfbericht Jahresrechnung 2005 - bereits eine Vorentscheidung zum Abstimmungsverhalten im Stadtrat gegeben wird, bevor der RPB zur DS Stellung beziehen konnte. Die logische Entwicklung hin zu einem Beschlussvorschlag ist dem RPB / dem Stadtrat genommen.

AL 14 verweist nochmals auf die gesetzlichen Rahmen, die die Prüfung der Jahresrechnung fordern und den Prüfauftrag festlegen. Er erwähnt, dass die Stellungnahme des OB nicht rechtzeitig zum gesetzten Termin vorlag, obwohl durch die Prüfung im Amt 14 die Voraussetzungen gegeben waren.

Da der Prüfbericht den Ausschussmitgliedern bereits seit ca. 4 Wochen bekannt ist, verkürzt AL 14 die Einführung.

Er geht u. a. auf folgende Problembereiche ein:

- Haushaltsplanerfüllung
- Ansteigender Fehlbedarf – Haushalt von hohem Defizit geprägt trotz der Bemühungen mittels HH-Konsolidierung
- Rückgang der Landeszuweisungen, in Stadt nur marginale Änderungen möglich
- Signifikant die Erhöhung des Fehlbedarfes nach der Entscheidung des LVA zum HH-Entwurf
- Haushaltswirtschaftliche Situation der Stadt recht schlecht - Kassenkreditnutzung
- Kontinuierliche Personalkosteneinsparungen, aber im Zusammenhang mit dem Trägerwechsel bei Kita wird die Verlagerung dieser Ausgaben in den Sachkostenbereich deutlich
- Pauschale Restbereinigung und Kasseneinnahmereste – durch Steigerung bei KER entsteht „Vertuschung“ des Gesamtergebnisses / der Umgang mit Uraltforderungen sollte geklärt werden (ca. 2 Mio.€)
- Abwicklung Vermögenshaushalt und Bildung Haushaltsausgabereste – nach wie vor ist die Vergabe der Fördermittel problematisch; die Begründung zur Bildung von HAR ist nachvollziehbar, die Höhe vertretbar
- Zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gibt es aus der Deckungsproblematik heraus Einzelbeanstandungen
- Schulden der Landeshauptstadt Magdeburg im Jahr 2005 werden durch die Verwendung der Schuldendiensthilfe vom Land zur Entlastung des VwH nicht exakt wiedergespiegelt
- Bürgschaften / allgemeine Rücklage
- Vermögensübersicht 2005 erfolgte formgerecht
- Kassenmäßiger Abschluss – unmittelbar nach der Prüfung wurden die beanstandeten Mängel im Kassenvollzug ausgeräumt

AL 14 gibt weiterhin Hinweise zur Beratung der Rechnungsprüfungsordnung.

Die Ausschussvorsitzende bittet den FB 02 zum Prüfbericht der Jahresrechnung 2005 Stellung zu nehmen.

Herr Hartung gibt in Vertretung des FB 02-Leiters allgemeine Hinweise zur Stellungnahme des Oberbürgermeisters, die das Ziel hat, den OB zu entlasten. In diesem Sinne erfolgte auch die Bearbeitung der Prüffeststellungen. Auf von AL 14 angesprochene Punkte wurde eingegangen:

- Defizit als Folge der Landespolitik
- Mit Stellenplan 2003 – 2009 fallen 25 % der Stellen weg (erhebliche Personalkostensenkung)
- Kosten für Hartz IV erhöhen HH-Defizit
- Rechnungsergebnis ist positiv aber niedriger als geplant
- Zentrales Forderungsmanagement im Aufbau mit dem Ziel, KER abzubauen
- Durch spät ausgereichte Fördermittel entsteht Verschleppung im Haushaltsvollzug / HAR

Der RPB beginnt die Einzelberatung zu Prüffeststellungen mit denen, die den FB 02 betreffen. U. a. gibt es folgende Anmerkungen, Fragen und Antworten:

Die Ausschussvorsitzende macht die Anmerkung, dass die Korrekturen zum Rechenschaftsbericht (S.3 der Drucksache – unter Begründung) Teil des Beschlussvorschlages werden müssen.

Der OB / Bg II werden gebeten, eine Änderung des Beschlussvorschlages vorzulegen.

Zur PF 01/05

RPB:

- Gibt es Kritik an fehlenden Schlussfolgerungen bezüglich der Vorlage von Jahresabschlüssen einzelner städtischer Unternehmen
- Sind die Bilanzen veröffentlichungspflichtig?

FB 02:

- Für das Jahr 2007 liegen alle Wirtschaftspläne vor. Die Unternehmen werden angehalten, alle erforderlichen Unterlagen der Verwaltung vorzulegen.
- Bilanzen müssen veröffentlicht werden, Fristen sind einzuhalten.

Zur PF 05/05

RPB:

- Warum wird erst so spät ein zentrales Forderungsmanagement ins Leben gerufen?
- Ist das Personal in der LH MD dazu qualifiziert / kann der Personalpool einbezogen werden?
- Entstehen evtl. höhere Kosten durch neues EDV-Programm?
- Können in der Übergangszeit vom dezentralen zum zentralen Forderungsmanagement Forderungen verfristen?
- Was passiert, wenn Bürger zahlungspflichtige Leistungen in Anspruch nehmen, sie aber nicht bezahlen können?

FB 02:

- Zur Zeit existiert in der Landeshauptstadt MD das dezentrale Forderungssystem in Eigenverantwortung der Dezernate / FB. Dieses dezentrale Forderungsmanagement soll in ein zentrales umgewandelt werden. Dies ist auch wegen der veränderten Philosophie eine Zeitfrage. Für das zentrale Forderungsmanagement muss das EDV-System auf BKF-Basis angepasst werden. KID unterbreitete bereits Vorschläge.

- Im zentralen Forderungsmanagement werden qualifizierte Mitarbeiter gebraucht, die durch Aufgabenverlagerung dorthin umgesetzt werden.
- Die Entwicklung des Programms ist im Rahmenvertrag der KID enthalten und verursacht somit keine extra Kosten.
- Das zentrale und dezentrale Forderungsmanagement laufen in der Übergangszeit parallel, somit können keine Forderungen verfristen.
- Bei öffentlich-rechtlichen Forderungen muss die Verwaltung die Zahlungsfähigkeit des Schuldners prüfen, da die öffentliche Hand gehalten ist, das Geld auch tatsächlich zu erhalten. Die Höhe der Forderungen ist davon abhängig, ob der Schuldner zahlungsfähig ist oder nicht. Es kann zur befristeten oder unbefristeten Niederschlagung kommen. Abschreibungen sind auch möglich, aber ...

Zur PF 12/05

RPB:

- Handelt es sich bei der Angabe des Jahres um einen Schreibfehler?

FB 02:

- Die Jahresangabe ist eine maschinelle Hochrechnung und kein Schreibfehler.

Zur PF 14/05

RPB:

- Es ergeht die Empfehlung an die Bg V zur Präzisierung der Aussage in der Stellungnahme.

RPA:

- Die Aktenübergabe ist freiwillig, da die ARGE hierzu rechtlich nicht verpflichtet ist.

Zu der PF soll BgV bei der nächsten RPB-Sitzung gehört werden.

Zur PF 51/05

RPB:

Hinweis: DA 02/02 letzter Absatz

Bei Beginn der Haushaltsplanung sollen Hinweise bezüglich der Sollbereinigungen durch den FB 02 gegeben werden.

Zur PF 75/05

RPB:

- Warum wurde die Darlehensverpflichtung für das Stadion trotz LVA-Genehmigung nicht eingestellt?
- **Der Ausschuss erwartet die mindestens nachrichtliche Information zur Planung von Bürgschaften im HH-Entwurf bei solchen Größenordnungen.** Schließlich ist der

Stadionneubau eine der wesentlichen Bau-Maßnahmen in 2006 mit städtischer Beteiligung.

FB 02:

- Erst am 04.05.05 waren die Voraussetzungen für einen Darlehensvertrag durch die OB-Unterschrift gegeben.
- **FB 02 wird künftig Informationen zu ausgereichten erteilten Bürgschaften an das RPA geben.**

Zur PF 78/05 und 79/05

kritisiert der RPB die Stellungnahme des OB in Satz 3, da im HH-Jahr 2005 und auch noch in den Folgejahren die Kameralistik das HH-Wesen prägt. Es gibt hier differente Auffassungen zwischen RPA und Kämmerei.

RPB nimmt zur Kenntnis, dass die kritisierte buchmäßige Darstellung der Rücklage in den Büchern korrigiert wurde.

Zur PF 89/05

wird festgestellt, dass sich die Finanzierungsbedingungen für die Kommunen in Sachsen-Anhalt weiter verschlechtert haben und die Konsolidierungsbemühungen der Stadt z. T. zunichte gemacht werden.

Die Prüffeststellungen, die den Bereich das Jugend- und Sozialamt betreffen, werden in der nächsten Sitzung behandelt sowie alle Prüffeststellungen, die den FB 01 betreffen.

Am 23.01.07 wird eine zusätzliche RPB-Beratung (Jahresrechnung 2005) erfolgen.

In der Beratung am 09.01.07 steht die Jahresrechnung 2005 mit der Stellungnahme des OB auf der Tagesordnung.

5. Anträge

5.1. Die Arbeit der ARGE effektivieren

A0177/05

Die Stellungnahme zum Antrag „Die Arbeit der ARGE effektivieren“, A0177/05, wird zur Kenntnis genommen.

Die Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder, sich zur Abstimmung im Stadtrat entsprechend den Fraktionsvoten zu verhalten.

Beschluss: 4 / 0 / 0

- 6. Informationen
 - 7. Verschiedenes
-

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Regina Frömert
Vorsitzende/r

Henriette Köhls
Schriftführer/in